

## **Antrag für den Kreisparteitag am 28.05.2022**

### **Grundsteuererhöhung**

Antragsteller: Andreas Zelljahn

Für den o. g. Kreisparteitag stelle ich folgenden **Antrag** zur Abstimmung:

**Die FDP Solingen hält an den Festlegungen zu den Steuererhöhungen in ihrem Kommunalwahlprogramm 2020 fest und lehnt eine Erhöhung der kommunalen Steuern bzw. deren Hebesätze, insbesondere eine Grundsteuererhöhung ab.**

### Begründung:

Im Kommunalwahlprogramm der FDP Solingen 2020, Ziff. IV.2. heißt es:

„IV.2. Abgabenlast senken

Eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und Gewerbetreibenden mit Steuern und Gebühren muss verhindert werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch nach der Grundsteuerreform die Belastung durch die Grundsteuer nicht steigt und die Benutzungsgebühren der Technischen Betriebe durch effizientere technische Lösungen zumindest konstant bleiben oder sogar sinken.“

Die Stadt Solingen hat in Nordrhein-Westfalen schon seit längerer Zeit mit die höchsten Hebesätze 20 zur Festsetzung der Grundsteuer in ganz Nordrhein-Westfalen; bei der Grundsteuer B ist es zum 21 Beispiel ein Hebesatz von 690 Prozent.

Zum Vergleich: Die umliegenden Kommunen liegen deutlich unter dem Solinger Hebesatz:

- Monheim 395
- Haan 433
- Hilden 480
- Düsseldorf 440
- Remscheid 620
- Wuppertal 620
- Solingen 690

Solingen liegt im Ranking der höchsten Grundsteuer B-Hebesätze von 396 Kommunen in NRW auf Platz 57 und gehört damit zu den zum obersten 15 Prozent aller Kommunen in NRW. Diese Sätze dürfen schon allein aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter angehoben werden. Zudem sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter mit Steuern belastet werden.

Es kann keine Lösung sein, die kommunalen Haushaltslöcher der Stadt Solingen mit einer Erhöhung der Grund- oder gar Gewerbesteuer zu stopfen, nur weil diese beiden Kommunalsteuern die ertragreichsten sind.

Zudem halte ich es für wichtig, dass wir Wort halten. Wir haben den Wählerinnen und Wählern in unserem Kommunalwahlprogramm versprochen, dass u.a. die Grundsteuer nicht steigt. Eine Abkehr davon – z.B. bei der Beschlussfassung über den Haushalt - wäre fatal.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Andreas Zelljahn